

## Rede des FDP- Stadtverordneten Gerd Jeromin zum Haushaltsplan 2020

in der Stadtverordnetenversammlung am 03. 12. 2019

Anlässlich unserer Stadtverordnetenversammlung am 24. September 2019 hat unser neuer Bürgermeister gemäß §66 Abs.1 Nr. (6) HGO den HHPlan-Entwurf für das kommende Haushaltsjahr 2020 eingebracht. Gemäß seinen Worten: „**Reinheim, eine Stadt, die gemeinsam, menschlich, sicher und zukunftsweisend, nahe an den Menschen und eben ganz im Interesse und zum Wohl derer handelt**“ bildet diese Aussage das Fundament auf dem dieser Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2020 aufgebaut sein soll.

Nachdem wir nun nahezu zwei Monate Zeit hatten, uns mit diesem vorgelegten Haushaltsplanentwurf näher zu befassen, komme ich als Vertreter der FDP in Reinheim zu folgenden **positiven Ergebnissen**:

1. Der Haushaltsplan 2020 entspricht hinsichtlich der Ausgeglichenheit voll und ganz den Erfordernissen der **HGO §92 (4)**, denn er schließt im Ergebnishaushalt 2020 – nach den Änderungen vom 26.11.2019 – mit **ordentlichen Erträgen** in Höhe von **rd. 34,8 Mio.€** und **ordentlichen Aufwendungen** in Höhe von **rd. 34,5 Mio.€** und somit einem **ordentlichen Ergebnis** und damit einem **Überschuss** in Höhe von **252.000 €** ab.
2. Weiterhin erfreulich ist, dass:
  - a. **Keine Kassenkredite**
  - b. **Keine Straßenbeiträge** und
  - c. **Keine Kindergartenbeiträge** erhoben werden *vielleicht auch deswegen, weil bei uns keine Dienst-Kfz und überhöhten Gehälter an die KITA-Leiterinnen gezahlt werden*
  - d. Erfreulich ist auch, dass die **Verschuldung** um rd. **306.000 € gesenkt** wird
  - e. Nach meinen Berechnungen wird damit die **Pro-Kopf-Verschuldung** von 733 €/EW auf **684 €/EW** – also **um 49 €/EW gesenkt**. (16.310 EW am 30.06.2019)
  - f. **Die Investitionen** für 2020 bewegen sich auf etwa der gleichen Höhe wie in 2019 bei rund **11,065 Mio. €**, bei denen **die 3 Großprojekte**:
    - i. der Neubau des Bürgerhauses in Georgenhausen,
    - ii. das Neubaugebiet in Reinheim NW III und
    - iii. der Neubau einer Kindertagesstätte in Spachbrücken **nahezu 75% des Investitionsvolumens annehmen werden.**
  - g. **Die Investitionsquote**, also der Anteil der Gesamtausgaben in unserem Kommunalhaushalt, der auf Investitionen entfällt, beträgt nach meinen Berechnungen **knapp 32%** und schafft damit sehr gute Rahmenbedingungen für Wirtschaft, Arbeitsplätze und Einkommen für unsere Mitbürger.

Für diese hervorragende Arbeit bedanke ich mich nicht nur beim Magistrat, sondern insbesondere bei den Mitarbeitern der Verwaltung, und hier stellvertretend bei Herrn Maurer und Frau Allmann von der Finanzabteilung.

Im Vorjahr kritisierte ich noch, dass für den Haushalt 2016 der **Grundsteuerhebesatz mal eben von 300 auf 450 Punkte** und die **Gewerbsteuer auf 385 Punkte erhöht wurde**. Da jedoch laut Kreisstatistik die Realsteuersätze im Landkreis DA/DI im Haushaltsjahr 2019 in vielen anderen Landkreisgemeinden ebenfalls erhöht wurden und nun der Kreis-Mittelwert **bei der Grundsteuer „B“ bei 446 Punkten** und **bei der Gewerbsteuer bei 383 Punkten** liegen, ist nur noch der **Grundsteuer-Hebesatz „A“ signifikant um 52 Punkten höher als der Kreisdurchschnitt**. Im Hinblick auf die geringe Höhe der Einnahmen aus dieser Steuer in Höhe von **76.500 €** (Im Vergleich dazu beträgt die Grundsteuer B –Einnahme rund 2.0 Mio.€) sollten wir bei der Aufstellung des nächsten Haushalts 2021 prüfen, ob ggf. **eine Entlastung und damit eine Verbesserung der Lebensbedingungen der örtlichen Landwirtschaft**, die etwa 70% unserer Gemeindefläche bewirtschaftet, **durch Senkung des Hebesatzes für die Grundsteuer „A“** in der Zukunft möglich ist, insbesondere unter dem Aspekt, dass unseren Landwirten die Handlungen seitens der Bundesregierung durch rechtliche Auflagen hinsichtlich Düngeverfahren, Pflanzenschutzmitteleinsatz, Gülleverwertung und anderer Anforderungen eingeeengt werden, so dass ein einträgliches Einkommen nahezu unmöglich ist.

Bedauerlicherweise hat Hessen mit seiner schwarz-grünen Landesregierung die Ende dieses Jahres auslaufenden bundesgesetzlichen Regelungen **zur erhöhten Gewerbesteuerumlage nicht im Sinne der hessischen Kommunen umgesetzt**, sondern man will die erhöhte Umlage auch über 2019 hinaus erheben.

Mit der als **Heimatumlage** titulierten Nachfolgeregelung **„Starke Heimat Hessen“** entzieht das Land den Kommunen weiterhin Gewerbesteuereinnahmen, um sie **nach eigenen Maßstäben** innerhalb der „kommunalen Familie“ **umzuverteilen**. Besonders problematisch erscheint der überwiegende Einsatz der Mittel für konkrete Projekte. Gefördert werden dediziert **Kinderbetreuung, Krankenhausinvestitionen, Schulverwaltungen, ÖPNV und kommunale Digitalisierung**. **Nicht mehr die Gemeinden entscheiden darüber, welche Projekte sie als besonders dringlich ansehen, sondern das Land nimmt sie wieder einmal an den goldenen Zügel. Dabei wissen die Kommunen besser, in welchen Bereichen es Investitionsbedarf gibt.**

Wie aus unserem Haushaltsplanentwurf (Produkt 61101) hervorgeht, haben wir für 2020 eine Gewerbesteuerumlage in Höhe von rd.1,0 Mio. € abzuführen und erhalten nur 122.500 € aus dem Landesprogramm „Starkes Hessen“ zurück. Bei einer Gewerbesteuereinnahme in Höhe von 6.,8 Mio € wären jedoch bei Verzicht auf die „Starke Heimat“-Regelung nur 490.136 € Gewerbesteuerumlage fällig, somit werden uns durch das Land Hessen **rd. eine halbe Million Gewerbesteuereinnahmen vorenthalten, die wir sicherlich besser zum Wohl unserer eigenen Mitbürger einsetzen könnten.**

Wie aus dem Vorbericht zum Haushaltsplanentwurf und der Bevölkerungsstatistik des Landkreises DA/DI hervorgeht, ist anhand der demografischen Entwicklung zu erkennen, dass für Reinheim in den Jahren von 2013 bis 2030 mit einem **Bevölkerungsrückgang von rd.**

**600 Einwohnern zu rechnen** ist. Hoffentlich gelingt es uns, durch die Ausweisung von Baugebieten in NW III, sowie die geplante Wohnbebauung in Ueberau und im Planungsbereich Reinheim Nordost dieser Erscheinung entgegenzuwirken.

Eine weitere Entwicklung sollte uns ebenfalls zu denken geben:

Laut Vorbericht zum Haushaltsplanentwurf übersteigt die **Zahl der Auspendler die Zahl der Einpendler um das 3,5-fache**. Viele dieser auspendelnden Menschen haben sicherlich Reinheim wegen **seiner infrastrukturellen Vorzüge als Wohnort gewählt, z.B. hinsichtlich sozialer Einrichtungen, wie Schwimmbad, Sportstätten, Schulen, Kulturveranstaltungen, seiner guten Versorgungslage oder seiner relativ guten Anbindung über den ÖPNV an Oberzentren wie Frankfurt oder Darmstadt**. Dennoch darf nicht verkannt werden, dass es bestimmt auch eine große Anzahl von Auspendlern gibt, die sich einen Arbeitsplatz in Reinheim wünschen, aber mangels einer geeigneten Wirkungsstätte auspendeln **müssen**. Da Reinheim zurzeit nicht über größere Erschließungsflächen für Gewerbegebiete verfügt, müssten wir jede Gelegenheit nutzen, um bei **der Neuaufstellung des aus 2010 stammenden und damit überalterten Regionalplans Südhessen zu erwirken, dass hier Gewerbe-Erweiterungsmöglichkeiten geschaffen werden können**.

Da zusätzliches Gewerbe, welches seinen Firmensitz nicht außerhalb von Reinheim hat, sowohl **Gewerbesteuereinnahmen**, als auch **Arbeitsplätze** schafft, wird eine Kette von Vorteilen in Gang gesetzt, denn diese Arbeitsplätze schaffen Einkommensteuereinnahmen und die Inhaber dieser Arbeitsplätze nutzen Wohnraum für sich und ihre Familien in der Nähe ihres Arbeitsplatzes. Gleichzeitig wird durch diese zusätzlichen Arbeitskräfte der Konsumbedarf gefördert, der über die heimische Wirtschaft, wiederum gedeckt werden kann. Die Auslastung der Schulen und Kindergärten, sowie die Sicherung der Arbeitsplätze der Lehr- und Betreuungskräfte sollte nicht unerwähnt bleiben. **Weiterhin könnte durch die Verminderung der Zahl der Auspendler eine Verringerung des regionalen Individualverkehrs und damit negative Auswirkungen auf das Klima verbessert werden**.

Ich erkenne zwar an, dass wir ein neues Gewerbe-Mischgebiet in Reinheim NW III vorbereiten, jedoch ist dieses ja in erster Linie dazu gedacht, durch Verlagerung dem ohnehin in Reinheim ansässige Gewerbe Erweiterungsmöglichkeiten zu schaffen – **ohne dass dadurch zusätzliche Arbeitsplätze entstehen**. Es ist schade, dass ein Filetstück für die Wohnbebauung als Gewerbe-Mischgebiet ausgewiesen werden soll, bei dem wegen der zu befürchtenden Geräuschemissionen und Verkehrsbelastungen der berechnete Ärger mit den vorhandenen Anliegern bereits vorprogrammiert ist. Deswegen halte ich eine Bürgerbeteiligung bei der Aufstellung des Bebauungsplans für geboten.

Sehen wir uns nun anhand der Kreisstatistik die **Altersstruktur** unserer Stadt an, so stellen wir fest: Reinheim zählt neben Seeheim/Jugenheim zu den Gemeinden mit dem **höchsten Anteil von über 60-jährigen Einwohnern, nämlich 30,4 % und damit 5% über dem Kreisdurchschnitt. Auf einen Nenner gebracht: 1/3 der Reinheimer Mitmenschen, das sind rund die Hälfte aller Wähler sind Senioren!** Es ist bedauerlich, dass bei diesem hohen Anteil

älterer Mitbürger in der Vergangenheit nur wenig unternommen wurde, um z.B. die Schließung der Sparkassenfilialen in Ueberau und Spachbrücken zu verhindern und damit diese Menschen, die möglicherweise nicht mit den modernen Medien so vertraut sind, dazu gezwungen sind, nun ihre Geldgeschäfte in der Kernstadt zu erledigen. Das Gleiche gilt für die geschlossene Arztpraxis und die geschlossene Apotheke in Georgenhausen/Zeilhard, wo unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger schon lange auf eine praktikable Lösung im Zusammenhang mit einem Medizinischen Versorgungszentrum bzw. einen neuen Apothekenbetreiber warten und aus diesem Grunde seit geraumer Zeit ihre ärztlichen Behandlungen und ihre pharmazeutischen Bedürfnisse in der Kernstadt erledigen müssen – oder sogar ihre Rezepte über das Internet einlösen.

Beim Thema „Senioren“ sehe ich aber auch noch einen Ansatzpunkt für eine Steigerung der Aktivitäten unserer städtischen Seniorenbeauftragten. Statt die Senioren ausschließlich einmal im Jahr zum „Krepl-Kaffee“ einzuladen, wäre auch mal ein Angebot wünschenswert, diese Menschen mit der Bedienung von modernen Einrichtungen, z.B. ATMs oder Fahrkartenautomaten der Verkehrsbetriebe vertraut zu machen, weiterhin könnten unsere Senioren, deren Adressen ja bekannt sind, auch mal auf den **Senioren-Aktiv-Treff nicht nur hingewiesen, sondern auch hierhin eingeladen werden**, um sie vor Ort mit den ihnen möglicherweise unbekanntem Einrichtungen unter Hinzuziehung einer damit erfahrenen Person, vertraut zu machen. Gleiches gilt für die Beratung dieser Mitmenschen über die Vermeidung von kriminellen Handlungen durch falsche Polizisten, falsche städtische Bedienstete oder Handwerker sowie über den Enkeltrick. Bei dieser Gelegenheit könnten unsere älteren Mitbürger auch mal gefragt werden, wo sie der „Schuh drückt“ z.B. für eine geführte Stadtwanderung oder andere Betätigungsmöglichkeiten.

Obwohl im Landtagswahlkampf vor mehr als einem Jahr sowohl die **Bündnis90/Grünen** als auch die **SPD Hessen** sich in ihren Wahlprogrammen für die **Einrichtung öffentlicher WLAN-Netze** aussprachen und auf die Vorteilhaftigkeit nicht nur für unsere Mitbürger, sondern auch für die Wirtschaft hinwiesen, wurde von den beiden Parteien in diesem Hause diese vom **Kreistag mit den Stimmen von SPD und B90/Grünen** geförderte Infrastrukturmaßnahme mit fadenscheinigen Argumenten abgelehnt. – und das **obwohl der grüne Wirtschaftsminister Tarek al Wasir die Städte und Gemeinden aufgerufen hatte, mehr öffentliche Hotspots anzubieten** mit der Begründung: „**Mobiles Internet wird im Alltag immer wichtiger. Öffentliches WLAN trägt zur Attraktivität von Kommunen bei!**“! Nachdem selbst die öffentlichen Verkehrsbetriebe diese Technologie anwenden, sollte die Entscheidung des Vorjahres für Reinheim noch einmal überdacht werden. Reinheim sollte nach Meinung der FDP nicht die Augen vor der neuen Kommunikationstechnik verschließen.

Weiterhin muss bemerkt werden, dass unsere Stadt im Odenwald eingerahmt ist von Gemeinden, die dem Geo-Naturpark Bergstraße-Odenwald angehören. Dieser Naturpark ist seit 2004 als [Geopark Bergstrasse-Odenwald](#) Mitglied im Global Network of Geoparks der [UNESCO](#). Die UNESCO definiert für einen Geopark drei übergeordnete Ziele:

- **Bewahrung der intakten Umwelt,**

- **Impulse für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und**
- **geowissenschaftliche Wissensvermittlung.**

**Nicht ohne Grund wirbt die grüne Umweltministerin Priska Hinz auf der Internetseite ihres Ministeriums mit:**

- 12.000 km markierten Wanderwegen
  - 600 km Waldlehrpfaden
  - 300 km Waldsportpfaden
  - 400 km Skiwanderwegen
  - 1.000 Parkplätzen für 50.000 PKW
  - sowie Zeltplätzen, Liegewiesen, Schutzhütten, Grillplätzen, Kinderspielplätzen
- und deutet – wie auch unser Landrat auf der Homepage des Landkreises Da/DI - insbesondere auch den Naturpark Bergstraße/Odenwald hin.

Es ist nicht einzusehen, dass im Vergleich mit strukturschwächeren Nachbargemeinden, die Stadt Reinheim nicht wieder erneut dieser Organisation beiträgt. Sehen Sie sich doch einmal die verwaisten Schautafeln im Reinheimer Stadtwald und im Stadtbereich an. Seit dem Ausscheiden aus dem Geo-Naturpark rosten diese Tafeln vor sich hin. Hinweise auf Wanderwege sind unzureichend und zum Teil nicht mehr lesbar. Aber vielleicht könnte uns der GEO-Naturpark bei der künftig durchzuführenden Renaturierung der DUNKLEN Platte helfen, z.B. durch Einrichtung eines Waldparkplatzes mit Wanderwegs-Hinweisen.

Kleinere Gemeinden, z.B. Fischbachtal profitieren von der Mitgliedschaft und werden bei der Ausführung von Aktivwochen vom Geo-Naturpark unterstützt. Die Kosten für die Mitgliedschaft betragen **weniger als 50 Cent pro Einwohner und Jahr und liegt dabei im Verfügungsbereich des Magistrats** – das sollte uns die Mitgliedschaft doch wohl Wert sein.

Nach Besuchen in unseren Partnerstädten z.B. Cestas, Fürstenwalde und Sanok muss ich immer neidvoll feststellen, dass diese Gemeinden ständig ihr äußeres Erscheinungsbild verschönern z.B. durch Blumenschmuck an Laternenpfählen, Blumen und Pflanzen in den Fußgängerbereichen oder an den Geländern von Bächen. Ein gutes Beispiel bildet auch der Stadtteil Ueberau, wo sich die Einwohner durch Eigeninitiative ein hübsches Ambiente geschaffen haben, das auch deutschlandweit Anerkennung findet. Hier gibt es in unseren anderen Stadtteilen noch einen gehörigen Nachholbedarf. Wie unser Bürgermeister bereits in seiner Rede anlässlich der Einbringung dieses Haushalts erklärte, werden für Georgenhausen/Zeilhard entsprechende Maßnahmen zur Verschönerung des Stadtbildes vorgenommen. Ich hoffe, dass auch noch einige Haushaltsmittel für die Kernstadt übrigbleiben. Ich wünsche mir mehr Bunt statt Grau.

Vielleicht ist auch der eine oder andere Mitbürger hier bereit, sich freiwillig an der Pflege mitzubeteiligen; eine für die Stadt kostenfreie Entschädigung in Form einer Freikarte für die Satirewoche oder ein Schwimmbadbesuch könnte einen Anreiz darstellen. Sieht man von den durch EU-Mittel geförderten gelungenen „Verschönerungsmaßnahmen aus dem europäischen LEADER-Projekt“ am Wembach und am Dilsbach mal ab, bleibt dennoch ein großes Potential zur Verbesserung des Freizeitwertes unserer Gemeinde übrig.

Eine familienfreundliche Gestaltung des Reinheimer Stadtwaldes, der mit 4,7% Anteil an der Gesamtfläche Reinheims zur Klimaverbesserung beiträgt, sei ein Beispiel dafür. Gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt des Klimawandels nimmt unser Wald eine immer wichtigere Funktion ein. Als wir vor 45 Jahren hier nach Reinheim zogen, war der Stadtwald mit seinem „Trimm-Parcours“, der an der Windlücke begann und fast an der „Dunklen Platte“ endete, für uns und unsere Kinder ein dauerhafter Anziehungspunkt. Die Waldwege waren zu dieser Zeit sogar mit einem Kinderwagen benutzbar. Ein Blick in die Nachbargemeinde Ober-Ramstadt zeigt, dass (natürlich mit Unterstützung durch den Geo-Naturpark) in deren **Stadtwald Spielmöglichkeiten für Kinder** geschaffen und für die älteren Mitbürger Ruhebänke aufgestellt wurden. Kindergartenkinder ziehen mit ihren Betreuer(innen) bei gutem Wetter in den Wald, um die Natur an Hand eines Naturlehrpfades und **von Schautafeln** kennenzulernen. All das vermisst man mittlerweile in Reinheim.

Meine Idee ist: Warum lädt nicht einmal die Stadt oder der Ortsbeirat - gemeinsam mit unserem Förster - unsere Mitbürger zu einem Rundgang durch unseren Stadtwald ein, um Anregungen und Wünsche für eine Verbesserung des Erholungswertes zu erhalten? Falls sich auch der Behinderten-Beauftragte mit seiner von ihm zu betreuenden Gruppe anschließt, könnte auch gleich festgestellt werden, wo unsere Gehbehinderten und Rollstuhlfahrer auf den Wegen Probleme haben, und wo Abhilfe nötig ist. Viele der von mir angesprochenen Verbesserungen könnten – guter Wille vorausgesetzt – zum Teil durch die Forstverwaltung und **mit Unterstützung des Bauhofs** geleistet werden. Zum Glück opfern die Betreiber der **Naturschutzscheune am Reinheimer Teich** einen großen Teil ihrer Freizeit, um unseren Kindern und Enkeln die Natur näherzubringen. Die Unterstützung dieser ehrenamtlichen Helfer möchte ich ausdrücklich befürworten und mich gleichzeitig für **ihren Einsatz bedanken**.

Ich gehe heute davon aus, dass eine ehrenamtliche private Initiative, die sich zum Ziel setzt, **die Stärkung und Förderung des Standortes Reinheim zu unterstützen, durch unseren neuen Bürgermeister anerkannt wird**. Ich hoffe, dass diese Initiative in der Zukunft durch städtische Hilfestellungen unterstützt wird und die von diesem Verein geleisteten Arbeiten nicht mehr konterkariert werden

Bevor ich zum Schluss komme, noch einige Worte zur **Verkehrssituation in Reinheim**:

Wir alle begrüßten die neue B38- Umgehungsstraße. **Die FDP** konnte seinerzeit durch Vorsprechen beim Hessischen Wirtschaftsminister Posch erreichen, dass das Projekt in Wiesbaden mit Vorrang behandelt wurde und heute einen wertvollen Beitrag zur Innenstadt-Entlastung darstellt.

**Wie sieht es aber mit der B426 gegenwärtig aus?**

Die Anlieger entlang der B426 können kaum noch schlafen, weil der Durchgangsverkehr mit riesigen 40t-LKWs durch die dafür gar nicht ausgelegten Straßen donnert. Trotz Petitionen und Demonstrationsmärschen über die B 426-Innenstadttrasse konnte ausschließlich eine

Geschwindigkeitsbeschränkung auf **30 km/h** erreicht werden. Das Ziel, die Innenstadt vom LKW-Durchgangsverkehr zu befreien, wurde nicht im Entferntesten erreicht.

Es ist bedauerlich, **dass im Rahmen einer öffentlichen Diskussion mit der Bundestagsabgeordneten der Grünen, Frau Daniela Wagner, diese hier in Reinheim erklärte, dass erst Menschen zu Schaden kommen müssten um Abhilfe schaffen zu können. Unsere Fraktion der Grünen hier im Stadtparlament hat es bisher noch nicht fertiggebracht, mit dem amtierenden eigenen grünen hessischen Verkehrsminister Tarek al Wasir eine Lösung zu finden. Ganz offensichtlich nimmt dieser eher die Interessen der Transportwirtschaft als das Wohlergehen der Reinheimer Bürgerinnen und Bürger wahr.**

Auch in diesem Fall wäre ein neuer Stadtentwicklungsplan, der auch eine Verkehrsentlastung berücksichtigt, unabdingbar, z.B. die im Bundesverkehrswegeplan 2030 als weiterer Bedarf gelistete Ortsumgehung für die B 426 Reinheim.

So sehr ich es bedauere, dass meine Haushalts-Anträge zur Verbesserung der Lebensqualität unserer Reinheimer Mitbürgerinnen und Mitbürger in den Ausschüssen keine Mehrheit fanden, gebe ich die Hoffnung nicht auf, dass mehr Sachlichkeit in unsere Stadtverordnetenversammlung einkehrt und meine Anträge heute trotzdem vielleicht Ihre Zustimmung finden. Sollten sich meine Erwartungen nicht erfüllen, werde ich trotzdem aufgrund des einwandfrei erstellten Haushaltsplanentwurfs selbstverständlich diesem zustimmen. Ich hoffe dennoch, dass die in meiner Rede angesprochenen Punkte im Verlauf dieses neuen Haushaltsjahres Beachtung finden.

Zum Abschluss meiner Rede möchte ich noch einige Bemerkungen zu unserer Arbeitsweise im Parlament machen:

Betrachtet man die Haushaltssitzungen der vergangenen Jahre, so stellt man fest, dass peinlich darauf geachtet wird, dass Anträge der jeweils anderen Parteien abgelehnt werden. Gelegentlich findet man sie in späteren Jahren als Anträge der Koalition wieder oder diese lehnt sie zwar ab und erkennt zu einem späteren Zeitpunkt, dass sie berechtigt waren und realisiert sie mit Magistratskompetenz. Siehe Beispiel Friedhofssanierung, Geräte zur Unkrautbeseitigung und in der Vergangenheit die Zentrale Wasserenthärtungsanlage. Ist es reine Machtausübung oder Neid, dass man nicht selbst auf die Idee kam? Als wir uns konstituierten, hatten wir uns alle vorgenommen, uns voll zum Wohl unserer Mitbürger und nicht zum Wohle unserer Parteien einzusetzen. Meines Erachtens wird doch unser Ansehen bei unseren Mitmenschen nur verbessert, wenn wir gemeinsam etwas zu deren Wohl beschließen – dabei sollte es doch keine Rolle spielen, wer den Antrag stellte.

Ich würde mich darüber freuen, wenn wir unsere Debattenkultur und die Gemeinsamkeit ein wenig verbessern könnten und die Fraktionen in der Zukunft mehr miteinander als nur untereinander sprechen. Ich bin gerne dazu bereit.

Ich bedanke mich, dass Sie mir so lange zugehört haben.